

Dresdner Neueste Nachrichten

Anabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für die Zeit vom 1. 10. 22. 1.20 G. Markt
bei jeder Lieferung durch Post
monatlich 3.50 G. Markt für die Adress-Blatt
1 G. Markt, mit dem Einzelnummer 15 G. Pfennig

Einzelnenpreis: Die 20 mm breite Seite kostet 0.30
für ordentlich 0.35, für das Ausland
0.50. Die Restmenge, die zum Druck
nicht mehr genügt, kostet 0.20. — Die Druckgebühren für Buchstaben
sind nach dem Grad der Schwierigkeit an bestimmten
Preisen zu zahlen, kann eine Seite nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27 980, 27 981, 27 982, und 27 983. • Postfachnummer: Dresden Nr. 2060

Mittwoch 20. Februar 1924 XXXII. Jahrg.

Nr. 43

Katastrophaler Sturz des französischen Franken

1 Pfund Sterling = 102 Franken — Große Erregung in Paris — Léon Daudet droht mit Bürgerkrieg

Schließung der Pariser Warenbörse

Berlin, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Franken hat gestern in Paris und London einen neuen, geradezu katastrophalen Sturz erlitten. Für das Pfund Sterling wurden zum ersten Male mehr als 100 Franken bezahlt. Am Abend handelte das Pfund Sterling um 102,50 Franken. Auch die Währungsfrage der Berliner Börse hat man sich gestern eingehend angeschaut. Das erneute Fallen des Franken hat beim französischen Publikum große Besorgnisse hervorgerufen. Die Kursnotierungen der Banken waren von großen Menschenmengen umlagert.

Vollmachten geben soll, den Franken zu retten, und um die geplanten „Ersparnisse“. Es kam dabei gestern, wie aus Paris berichtet wird, als die Nachricht vom dem erneuten Sturz des Franken kam, zu sehr heftigen Zusammenstößen. Royalisten und Kommunisten griffen gemeinsam das Kabinett in der schwersten Weise an. Léon Daudet verlangte mit höchster freischender Stimme sofortige Ständegerichte für Devisenspekulanten und erklärte schließlich: „Wenn nichts geschieht, wird in einigen Wochen der Bürgerkrieg ausbrechen!“

Eine bezeichnende Maßnahme

Paris, 19. Februar. Der Vollkollaps des Franken hat die Pariser Warenbörse bis auf weiteres geschlossen. Der Grund dieser Maßnahme liegt in dem schmerzlichen erneuten Frankensinken. Nach dem „Matin“ schloß das Pfund an der Pariser Warenbörse mit 102,5 und der Dollar mit 23,5 Franken.

Unerschrocken folgt so der französische Franken dem Sturz. Seine Schwäche, die Markt, ihm gegenüber. Unterdessen tauschten sich die Abgeordneten in der französischen Kammer um das sogenannte „Ersparnisgesetz“, das Raymond Poincaré

Poincaré und die pfälzischen Separatisten

Paris, 19. Februar. Poincaré mußte in der gestrigen Kammer Sitzung schwere Vorwürfe über seine Niederlage in der Pfalz hören; Léon Daudet rief ihm zu, daß er mehr und mehr den Ruch des „Sünder“ erlange. Daudet erklärte, der frühere Kriegsminister André Bessière klagte über den Vandalismus der Regierung und machte die recht interessante Bemerkung, daß die Separatisten — Schächlinge Frankreichs! — vergeblich um Hilfe riefen. Angesichts solchen Verrates, den Poincaré gegenüber den Separatisten begangen, müßten — nach der Meinung Bessières — entscheidende Schritte unternommen werden. Vor allem sei es Pflicht der französischen Regierung, sofort in Virmann die bayrischen Nationalisten hinter Schloß und Riegel zu setzen, den Engländern mitzuteilen, das in Virmann französische Befehlshaber zu sprechen lassen. Bessière will den Bruch mit England in der Separatistenfrage. Er schloß sich auf die früheren Erklärungen Poincarés, die sich demnach darauf anlehnten, daß Englands Wünsche nach Befestigung dieser Angelegenheit abschlägig beschieden wurden.

tapfen seines Vorgängers, läßt sich auf englische Weltkonferenzen ein, anstatt ein rein französisches Politikk zu führen...

Die Stimmen des bloe national werden drohender. Poincaré fühlt, daß er das gegebene Versprechen nicht halten kann. Seine Nervosität erklärt sich aus dieser Tatsache. Den Forderungen eines Bescheide legt nachgeben, siehe die Überwältigung der Mehrheit Englands zum Protest gegen den Pariser Kurs herausfordern. Die öffentliche Meinung Frankreichs lehnt aber den Bruch mit England entschieden ab. Bieder zurück zu England als vorwärts mit André Bessière! Man merkt deutlich, wie vorläufig die pfälzischen Separatisten im Sinne der Erhaltung des bayerischen Einvernehmens mit England arbeiten. Sie wollen den Preis wahren, ohne ihn nach zu machen. Wollten sie es ihnen nicht, dann die Träger des französischen Ultranationalismus hätten sich stark genug, um von Poincaré zu fordern, daß er eingegangene Zusagen erfüllte. Zu diesen Zusagen gehörte der Weg des Separatismus, die Vorbereitung der Sicherheitsverträge durch politische Vermählung der Rheinlande. Der Ministerpräsident scheint die Unmöglichkeit dieser „Regelung“ sowohl in den Verhandlungen als auch in Unterredungen mit den leitenden Pfälzern durchzuführen. Poincaré lehnt es ab, sich von einer Gruppe solcher Ultras auf den Schild heben zu lassen. Er kennt die Stimmung des Landes, die zunehmende Abneigung gegen eine militärische Politik, die den Franken in den Abgrund reißt.

Der Konflikt mit Bayern vorläufig beigelegt

Die Einigungsformel — Ein Zugeständnis an den Partikularismus

Berlin, 19. Februar. (Kam. Drahtbericht.) Zur Erleichterung der schließlichen Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Reichswehrgesetzes wurde in den letzten Tagen zwischen beiden Regierungen folgendes vereinbart: „Vereinbarung bestand, daß durch die Lösung des gegenwärtigen Falles die Bestimmungen der Reichswehrverfassung und des Wehrgesetzes über die Einwirkung des Reichsbescheides und die Einwirkung des Reichsbescheides nicht berührt werden sollen.“ In diesem Rahmen soll die Einigung erzielt werden. Die Einigung ist die Einigung der Reichsregierung und der bayerischen Regierung. Die Reichsregierung wird die Bestimmungen des Reichswehrgesetzes nicht anwenden, die bayerische Regierung wird die Bestimmungen des Reichswehrgesetzes nicht anwenden. Die Einigung ist die Einigung der Reichsregierung und der bayerischen Regierung. Die Reichsregierung wird die Bestimmungen des Reichswehrgesetzes nicht anwenden, die bayerische Regierung wird die Bestimmungen des Reichswehrgesetzes nicht anwenden.

der Reichsregierung. Es wird sofort beschlossen, daß der Reichsbescheid des Reichsbescheides Kompromisse Verhandlungen, und zwar in erster Linie zwischen den Reichsregierungen und dem Reichsbescheid. Man habe offenbar unter dem Vorbehalt der Reichsregierung ein den verschiedenen Richtungen der Reichsregierung ein Kompromiß abgeschlossen, durch das die anfangs von den Reichsregierungen beschlossene Reichswehrverfassung in dem Reichsbescheid wiederhergestellt werden. Auf jeden Fall war es dringend geboten, daß der Reichsbescheid als Privatmann und nicht in seiner Eigenschaft als Generalkommissar sein Recht vor Gericht absetze. Ein Berliner Blatt will schließlich wissen, daß der Reichsbescheid Generalkommissar in München erklärt habe, er könne für die Wiederherstellung der Autorität in der Pfalz nur eintreten, wenn Gewähr für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern gegeben sei. Daraus ist zu entnehmen, daß die Reichsregierungen gegen eine Revision, die freilich wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat, der zwischen dem Reich und Bayern aufzubringende gemeinsame Ausgleich in den militärischen Fragen wurde bereits beschloffen, als vor einiger Zeit der Konflikt mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Kulling in Hamburg v. d. Höhe zusammenbrach. Seitdem hat man hier den Rücktritt des Generalkommissars und den des Herrn v. Hoffmann in Aussicht genommen und man ist — das darf heute wohl ruhig ausgesprochen werden — allmählich etwas ungeduldig geworden, als die Ausführung der Vereinbarungen wie es schien von München immer wieder hinausgeschoben wurde. Den jetzt gefundenen Ausgleich wird man, je nachdem man der Zentralgewalt die Kraft und die Fähigkeit zutraut, einem weiteren Zerbrechen in die partikularistische Zerstückelung zu widerstehen, verschieden beurteilen. Ein gewisser Optimismus ist am Platze, denn die Vereinbarung ist unter allen Umständen ein sehr bemerkenswertes Zugeständnis an den Partikularismus.

Weiße Gründe Poincaré veranlaßten, in der Behandlung der Sonderländer eine Änderung — d. h. eine neuartige Haltung Frankreichs — zur Geltung zu bringen, ist eigentlich das Hauptthema politischer Erörterungen. Einerseits gibt man zu, daß die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs zu einer „Korrektur“ der linksrepublikanischen Annexionspolitik zwingt, andererseits wird die Meinung ausgesprochen, Poincaré würde in der Separatistenfrage konstant sein, um der angelegentlichsten Welt den Beweis französischer Friedensliebe zu liefern, und nachher seine harten Grundzüge bezüglich der deutschen Entmännung und der Demilitarisierung des linken Rheingebietes ungehindert aufrechtzuerhalten. Die linksrepublikanischen Kreise sind der Ansicht, daß Poincaré durch die Rücksichtlosigkeit in der pfälzischen Streitfrage zur Wiederherstellung eines guten Einvernehmens mit England wesentlich beigetragen habe. In dieser Hinsicht gewährt die geistige Kammererhebung einen schmerzlichen Einblick: die Nationalisten rücken von Poincaré ab; Herrisits Freunde klammern der Haltung des Ministerpräsidenten zu.

Es wäre jedoch falsch, wollte man aus den Erklärungen Poincarés den Schluß ziehen, daß die Separatistenfrage endgültig, d. h. gegen den nationalistischen Block entschieden worden sei. Die gleichen Verhältnisse, die Briand häßten, erheben sich jetzt gegen Poincaré. Sie führen die gleichen Argumente an. Wozu war der Regierungsbuchstabe nötig? fragt der Parteiführer Herrisits. Briand wurde weggeschoben, weil er wieder an die Ruhr wollte, noch den Anträgen der Rheinländererörterer ein williges Ohr ließ. Poincaré verspricht, das zu tun, was Kritiker — in seinem Eifer, mit Léon Daudet einig zu werden — nicht billigen konnte. Zwei Jahre sind verstrichen. Der Ruf nach Herrisits ist erloschen. Noch sollen die Früchte. Am Rhein wurde der Separatismus ins Werk gesetzt. Aus Furcht vor England ließ man das Unternehmen verfallen. Die Sonderländer sind enttäuscht, fühlen sich verraten. Besser wäre es gewesen, mit der separatistischen Bewegung überhaupt nicht zu beginnen. In diesem Sinne brachte Poincaré dem Reichsbescheid Frankreich mehr Schaden als Briand. Er tritt in die Fuß-

tionen besetzt wurde. Die Verfassungsdiskussionen nahmen eine Entscheidung an, in der das Kabinett zum sofortigen Rücktritt angedeutet wird. Zu Ordnungsbefehlen ist es nicht gekommen.

Wie Ruhr seinen Rücktritt begründet

München, 19. Februar. Die verlannte, Herrsits Dr. v. Ruhr seinen Rücktritt damit, daß durch die vom Minister des Innern erlassene Wahlrechtsverordnung eine Teilung oder teilweise Aufhebung des Wahlrechtsverordnungs bedingt werde. Seine Ansicht ist, daß das nicht im Interesse des Landes liege. Er behauptet, daß für seine Person nicht als Irregulärer erachtet. Die „Bayr. Staatszeitung“ schreibt: „Durch den Rücktritt v. Ruhrs fällt die gesamte vollziehende Gewalt wieder an das Gesamtministerium zurück. Der Wahlrechtsaufstand bleibt weiter bestehen und wird nur gewisse Mittelstellen erleichtern, wie sie durch die herkömmliche

Keine Vertagung des Hitler-Prozesses

München, 19. Februar. Die Vorgänge der letzten Stunden haben das bayerische Kabinett veranlaßt, nachmittags 5 1/2 Uhr zu einem Ministerkonferenz zusammenzutreten, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Die Gerüchte über eine abermalige Vertagung des Hitler-Prozesses werden für vollständig unbegründet erklärt. Der Prozess beginnt, wie schon angekündigt, am Dienstag dem 24. Februar. Die Anklage wird von dem ersten Staatsanwalt Dr. Steinlein vertreten. Die Angeklagten haben sämtlich ihre Verteidigung zum Prozess erhalten.

Stalini vor den Wahlen

Rom, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die politischen Parteien Italiens sind immer noch mit den Wahlfragen beschäftigt. Besonders bemerkenswert ist dabei die katholische Volkspartei. Einer ihrer Führer, der Minister Rada, hat wegen Parteipflichten auf eine Kandidatur verzichtet. Der Vatikan hat den katholischen Wählern die Anweisung gegeben, sich jeder politischen Vertagung zu enthalten, und wo dies bereits geschehen ist, nicht zu widerrufen. Von den Demokraten haben sich Orlando, de Rosa und de Nicola für die laicistische Liste aufstellen lassen. Da nun die Frage so gut wie gelöst ist und von den Oppositionsparteien keine Überforderungen mehr zu erwarten sind, nimmt das Interesse an den Wahlen in Italien immer mehr ab.

Russische Konzeptionen in Italien

Mailand, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ soll die Sowjetregierung in dem Vertrag mit Italien der italienischen Regierung umfassende Konzeptionen zur Ausdeutung von Petrolem in Italien an der Ruhr des Kaiserlichen Reiches durch eine italienische Gesellschaft mit dem Namen „Riviera“ anzuhandeln haben.

Rohdach in Wien verhaftet

Wien, 19. Februar. Der wegen Teilnahme am Hitler-Putsch verurteilte Oberleutnant Rohdach wurde gestern hier verhaftet. Man fand bei ihm falsche Legitimationspapiere.

Die Arife in Japan

Paris, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Tokio haben die Weaner der japanischen Regierung eine Reihe von Anträgen eingebracht, die nun schwebend sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240220/1